

Wer langsamer fährt, muss weniger bremsen

Auf den Vorstoß von SPD und Grünen im Bundestag, in allen Städten Tempo 30 einzuführen, reagiert die Bayreuther Politik gespalten

BAYREUTH
Von Susanne Schumann

Nachdem die Fraktionen von SPD und Grünen im Bundestag vorgeschlagen hatten, das Tempolimit für die Stadt auf 30 herabzusetzen, nehmen nun auch die Politiker in Bayreuth Stellung zu der Frage nach einer angemessenen Höchstgeschwindigkeit. Dabei sind sich die Parteien gewohnt uneinig.

30 Kilometer in der Stunde – kaum schneller als ein Radler wären Autofahrer künftig in der Stadt, wenn es nach den Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen geht. Denn nach deren Vorschlag sollen Autofahrer statt wie bisher 50 innerorts grundsätzlich nur noch 30 fahren dürfen (der Kurier berichtete). Auf Hauptverkehrsstraßen soll aber nach wie vor 50 erlaubt sein – nur wäre das dann eben die Ausnahme, die begründet und gekennzeichnet werden muss.

„Wenn die Verkehrsdichte weiter zunimmt, geht der Trend ohnehin in diese Richtung.“

Christa Müller-Feuerstein

Die Politiker in Bayreuth haben unterschiedliche Meinungen zu diesem Vorschlag: SPD und Grüne sind für eine generelle 30er-Zone in der Stadt, CSU und die Fraktionsgemeinschaft FDP/Junges Bayreuth sind dagegen. Auch Jürgen Popp von der Bayreuther Gemeinschaft gehe es zu weit, wie er sagt, ein pauschales Tempolimit von 30 in der Stadt einzuführen.

Michael Niedermeier vom ADAC in München sagt auf Anfrage, er befürchte, dass nach dieser Regel eben doch die ein oder andere „verkehrsbedeutende Straße“ vergessen werde oder „durch das Raster falle“. Und das hätte seiner Meinung nach fatale Folgen für bisher verkehrsberuhigte Bereiche. „Die Hauptverkehrsstraßen müssen für Autofahrer attraktiv bleiben“, sagt Niedermeier, „sonst nehmen die Leute Abkürzungen und fahren durch Wohngebiete.“

Dort allerdings – in Wohngebieten – sei Tempo 30 sinnvoll und bereits weitgehend vorgeschrieben. Deshalb lehnt er den Vorschlag von SPD und Grünen ab. Auch Hartmut Koschyk,



Parkende Autos, spielende Kinder, unachtsame Radfahrer: Gerade in Wohngebieten besteht Unfallgefahr. Deshalb ist in vielen 30er-Zonen – wie hier in der Wilhelm-von-Diez-Straße. SPD und Grüne gehen noch weiter und fordern grundsätzliche 30er-Zonen für Städte. Foto: Harbach

Kreisvorsitzender der CSU, sieht keinen Anlass, an den geltenden Gesetzen etwas zu ändern. „Ein generelles Tempo 30 würde den Verkehrsfluss auf Hauptstraßen unnötig verlangsamen“, sagt er, „mehr Staus und damit auch mehr Abgase wären die Folge.“ In Wohngebieten dagegen, wo allein Tempo 30 sinnvoll sei, gelte bereits die verminderte Höchstgeschwindigkeit.

Der SPD-Fraktionsvorsitzenden Christa Müller-Feuerstein fallen allerdings auf Anhieb vier Vorteile ein, die die 30er-Regel mit sich brächte: weniger Schadstoffe, weniger Lärm, mehr Sicherheit und – was angesichts

der Spritpreise besonders wichtig ist – einen geringeren Benzinverbrauch. Denn der Verkehr liefe mit einer Geschwindigkeit von 30 viel flüssiger, wie die Politikerin sagt: „Es hilft mir ja nichts, wenn ich mit 50 auf eine rote Ampel zurase. Dann muss ich doch nur bremsen und stehenbleiben.“ Sie glaubt, spätestens nach einem Jahr mit der neuen Regel sähen selbst jetzige Gegner ein, dass ein grundsätzlich niedrigeres Tempolimit sinnvoll sei. „Wenn die Verkehrsdichte weiter zunimmt, geht der Trend ohnehin in diese Richtung.“

Helmut Brückner, Fraktionsvorsitzender von den Grünen, denkt vor al-

lem an die Verkehrsteilnehmer neben den Autofahrern: „Wenn in der gesamten Innenstadt 30 vorgeschrieben ist, erleichtert das die Situation für Fußgänger und Radler.“ Brückner hält eine Neuregelung daher für eine „sehr gute Idee“.

Die Fraktionsvorsitzende der Fraktionsgemeinschaft FDP/Junges Bayreuth ist gegen eine grundsätzliche 30er-Zone ab dem Ortsingangsschild: „Tempo 30 sollte nur da vorgeschrieben sein, wo es wirklich notwendig ist“, sagt sie, „man kann aber überdenken, ob das vielleicht an weiteren Stellen der Fall ist.“

Statt Autofahrer mit strengeren Ge-

setzen zu reglementieren, sollten Politiker ihrer Meinung nach lieber auf die Selbstständigkeit der Bürger vertrauen und darauf setzen, dass die Autofahrer vorausschauend und verantwortungsvoll fahren.

Während sich die Politiker noch uneinig sind, zeigt sich die Stadtverwaltung entspannt.

„Bisher besteht für die Stadt noch kein Handlungsbedarf“, sagt Angela Esterer von der Pressestelle der Stadtverwaltung, „das ist die Entscheidung der Politiker“.

Das Straßenverkehrsamt müsse sich erst regen, wenn tatsächlich ein Beschluss vorliege.